

p. B. 15. 21. An. M'U.

12.5.67/BK/me

VERTRAULICHNach Einsichtnahme bitte  
zurück im DossierBesuch des Vorstehers des  
Eidg. Politischen Departements  
vom 17. bis 20. April 1967 in Wien

## P R O T O K O L L

der ersten Arbeitssitzung vom 17. April 1967Oesterreichische Delegation

Dr. Lujo TONCIG-SORINJ (Vorsitz)	Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
Botschafter Dr. Erich BIELKA-KARLTREU	Generalsekretär des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten
Botschafter Dr. Wilfried PLATZER	Leiter der Sektion III (Wirtschaft)
Minister Dr. Wolfgang HOELLER	Protokollchef
Minister Dr. Johann Georg TURSKY	Kabinettschef
Minister Dr. Heinrich HAYMERLE	Leiter der Sektion II (Politisches)
Minister Dr. Hans REICHMANN	Leiter der Sektion IV (Recht)
Minister Dr. Albert FILZ	Leiter der Abteilung 4 (Politisches)
Minister Dr. Franz WEIDINGER	Leiter der Abteilung 4a (Politisches)
Alexander AUER	Leiter der Abteilung Kultur
Legationsrat Dr. Werner SAUTTER	Pressechef
Botschaftsrat Dr. Wolfgang SCHALLENBERG	Geschäftsträger a.i. der österreichischen Botschaft in Bern
Hofrat Dr. Ferdinand SEIFERT	Leiter der Abteilung VI a - Allg. Wirtschaftsangelegenheiten, Amt der Vorarlberger Landesregierung in Bregenz

Schweizerische Delegation

Bundesrat Willy SPUEHLER  
 Botschafter Pierre MICHELI  
 Minister Ernesto THALMANN  
 Minister Sigismond MARCUARD  
 Dr. Franz BLANKART (Protokoll)



Beginn der Sitzung: 16.10 Uhr

Herr Toncic eröffnet die Sitzung, begrüsst die Anwesenden in liebenswürdiger Weise und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, es möchten auch in Zukunft schweizerisch-oesterreichische Gespräche über Themen von gemeinsamem Belang (vor allem im politischen, wirtschaftlichen, völkerrechtlichen und wissenschaftlichen Bereich) stattfinden. Alsdann gibt er einen kurzen

Ueberblick über die oesterreichische Aussenpolitik:

Die oesterreichische Aussenpolitik unterscheidet sich von der schweizerischen auf Grund der Verschiedenheit der Voraussetzungen, aus denen sie erwachsen ist. Die Schweiz kann auf eine lange Periode wirtschaftlicher und politischer Stabilität zurückblicken und steht ausserhalb des Ost-West-Konfliktes. Wir hingegen sind, nach der turbulenten Vergangenheit der letzten 150 Jahren, nach wie vor in die Auseinandersetzung zwischen West und Ost einbezogen. Oesterreich verfügt nicht über die Tradition dessen, was es ist, nämlich ein kleiner und neutraler Staat. Es haftet ihm das Image eines unstabilen Gebildes an. Aus der Vergangenheit haben wir Schwierigkeiten mit den Nachbarstaaten geerbt: Nach wie vor ist die Frage der oesterreichischen Vermögen in Osteuropa (vor allem in der Tschechoslowakei) ungelöst, nach wie vor ~~beeinträchtigt~~ das Südtirolproblem unsere Beziehungen zu Italien und damit mittelbar zur EWG. All diese Probleme lasten mit dem ganzen Emotionsgehalt, der ihnen vom Volk her beigelegt wird, ungeheuer schwer auf unserer Aussenpolitik. - Oesterreich ist in der Weltpolitik einerseits ein Neuling und andererseits vermag es zugleich dem Drama seiner geschichtlichen Situation nicht zu entgehen.

In wirtschaftlicher Hinsicht teilen wir nur bedingt die Lage der Schweiz. Wir sind an Bodenschätzen zwar reicher, doch ist die Schweiz als solche reicher; Oesterreich ist grösser, die Schweiz aber konsolidierter. Während sich Oesterreich im über-

seeischen Bereich kaum eine Position zu erarbeiten vermochte, konkretisiert die Schweiz eine weltweite Handelspolitik. Die schweizerischen Produktionsgüter geniessen den Ruf unerstzlicher Qualität, Oesterreich aber hat, um überhaupt existieren zu können, erst Massengüter produzieren müssen und tut es weitgehend heute noch. Aus all diesen Gründen ist die oesterreichische Wirtschaft sehr viel verwundbarer als die schweizerische. Sie ist deshalb darauf angewiesen, die Schwierigkeiten möglichst bald zu beheben, während die Schweiz hierhin einen längeren Atem hat.

Daraus ergeben sich drei Folgerungen:

1. Verhältnis mit den Nachbarländern: Ist die Frage der oesterreichischen Vermögen in den osteuropäischen Staaten einmal gelöst, so wird sich mehr als ein bloss korrektes Verhältnis zu ihnen anbahnen. Es gibt auf diesem Gebiet eigentlich nur eine Alternative: Entweder ist das Verhältnis Oesterreichs zu den Oststaaten ein gespanntes oder dann eines, das durch herzliche Sympathie und Affinität gekennzeichnet ist. In diesem zweiten Falle liegt die Möglichkeit einer Chance, vermittelnd zwischen Ost und West zu wirken. - Die Südtirolfrage ist letztlich ein Vertrauensproblem. Die Südtiroler vertrauen den Italienern nicht, da sie nicht an eine völlige Einhaltung der abgegebenen Verprechen zu glauben vermögen, und die Italiener vertrauen den Südtirolern nicht, da sie vermuten, diese wollten sich wieder Oesterreich anschliessen. - Dies bedeutet: In Oesterreich ist das primitivste Fundament einer positiven Aussenpolitik, nämlich mit seinen Nachbarn in einem friedlichen Verhältnis zu leben, noch nicht gegeben.

2. Integration: Bestimmte Wirtschaftskreise, vor allem die Landwirtschaft und die Massenproduktionswirtschaft, erstreben eine rasche Lösung des Problems. Die EWG ihrerseits verzögert das Arrangement, insofern sie das Modell einer Freihandelszone EWG-Oesterreich (vorderhand) zugunsten einer Zollunion ablehnt und

- 4 -

damit nicht nur Oesterreichs Neutralität in Frage stellt, sondern zugleich gegebenenfalls eine Verschiebung des europäischen Gleichgewichts durch eine einheitliche Verstärkung des EWG-Blocks zu befürworten scheint. Damit aber wird die Argumentation der Russen, die um jeden Preis eine Stärkung der BRD verhindern wollen, aufgewertet. - Generell stellt sich die Frage, wie die Unbeweglichkeit der Neutralität mit der Dynamik der Integration vereinbart werden kann. Dieses Problem ist nur durch eine grössere Flexibilität der EWG gegenüber Oesterreich zu lösen, eine Flexibilität, die allerdings von einer vorgängig erweiterten EWG (Grossbritannien!) eher gewährleistet werden dürften. Jedenfalls will Oesterreich seine Neutralität seiner Wirtschaft wegen nicht aufgeben, wenn dies auch dem Wunsch mancher Wirtschaftler entspräche.

3. UNO: Wenn es uns gelingt, die Probleme, die wir mit unsern Nachbarländern haben, zu lösen, so wird es nicht allzu schwierig sein, unsere Position in der Welt auszubauen, dies vornehmlich durch das Mittel der UNO. Der Entscheid, als neutrales Land der UNO beizutreten, wurde Oesterreich von den Signatarmächten des Staatsvertrages nahegelegt. Der Sicherheitsrat im besonderen und die UNO im allgemeinen haben damit zugegeben, dass die Mitgliedschaft eines neutralen Landes bei der Organisation möglich ist. Oesterreich hat in der UNO eine angesehene Position erreichen können. Umgekehrt ist es eben diese Position, die das Ansehen Oesterreichs in der Welt grundlegend gestärkt hat. Ich möchte die Schweiz nicht zu einem Beitritt zur UNO "verführen", sondern lediglich, und dies mit allem Nachdruck, auf die unschätzbaren Vorteile hinweisen, die Oesterreich durch die Mitgliedschaft erwachsen sind.

Wie wird sich die oesterreichische Aussenpolitik weiterentwickeln? Mit der Evolution des Donauraumes rücken dessen Völker wieder vermehrt in den Bereich des europäischen Geschehens. Die engere Kontaktnahme unter den Völkern Zentraleuropas wird

die Bedeutung Oesterreichs in Europa vergrössern, womit zugleich die Bedeutung Europas in der Welt gestärkt werden wird. Früher bestand die Aufgabe Oesterreichs darin, die Völker des Donauraumes vom Zugriff raumfremder Mächte freizuhalten. Vom Anschluss bis zur Unterzeichnung des Staatsvertrages konnte diese Aufgabe nicht mehr wahrgenommen werden; es war dies eine Zeit aussenpolitischer Geschichtslösigkeit. Heute geht es darum, im vollen Bewusstsein der veränderten Situation die politische Aufgabe der letzten Jahrhunderte in neuer, friedfertiger Weise fortzusetzen, ohne sich indessen in deren Konkretisierung allzu ambitionösen Illusionen hinzugeben.

Herr Spühler dankt Herrn Toncic für die aufschlussreichen Charakterisierungen der österreichischen Aussenpolitik und pflichtet den dargelegten Unterschieden in den historischen Voraussetzungen, aus denen die beiden Neutralitätsweisen erwachsen sind, zu. Ergänzend fügt er folgendes bei: Für die Schweiz, das Binnenland und die Wahrerin der Alpenübergänge, ist die Neutralität seit jeher die Direktive der Aussenpolitik gewesen. Für Oesterreich aber ist die Neutralität eine Schöpfung der letzten Jahre, weshalb neben der Neutralität noch andere aussenpolitische Dominanten zu berücksichtigen sind, unter ihnen vor allem das je und je zu gestaltende Verhältnis zwischen West und Ost, ein Verhältnis, das schon im alten Oesterreich in Funktion gewesen ist und heute erneut und in veränderter Weise eine bedeutende Aufgabe für die Zukunft darstellt. Neben dieser Aufgabe ergibt sich das mehr westwärts ausgerichtete Problem der Integration. Dieses stellt sich für die Schweiz grundsätzlich in gleicher Weise. Unser Land ist keineswegs integrationsfeindlich; doch glauben wir, dass unsere politische Existenz auch im Rahmen einer europäischen Einigung bestehen bleiben muss. - Was die UNO betrifft, so haben wir mit grossem Interesse die diesbezügliche Politik Ihres Landes seit dem Abschluss des Staatsvertrages verfolgt. Es besteht kein Zweifel, dass diese Organisation

- 6 -

für Sie einen Ort darstellt, von dem aus Sie Ihre Neutralität in den Dienst der Menschheit zu stellen vermögen. Wir selbst sind aus Gründen unserer Erfahrungen im Völkerbund etwas reservierter; doch würden uns Angaben über Ihre konkreten Erfahrungen sehr interessieren.

Herr Toncic möchte, bevor auf die Besprechung der Hauptprobleme eingegangen wird, den Schweizerischen Behörden seinen Dank für den Empfang jener österreichischen Delegation aussprechen, die kürzlich zum Studium des Problems der Besoldungsbezüge in Bern geweiht hat. Sollten schweizerische Spezialisten diese Frage in Wien prüfen wollen, so wären sie österreichischerseits jederzeit gerne hierzu eingeladen. - Ferner erkundigt er sich nach den Erfahrungen, die die Schweiz mit der Eröffnung einer diplomatischen Vertretung in Alger sowie, allgemein, mit der Institution von Honorarkonsuln gemacht hat.

Herr Marcuard verweist auf seine Ausführungen, die er anlässlich des [der Sitzung vorangegangenen] Höflichkeitsbesuches bei Herrn Toncic gemacht hat, und möchte nochmals festhalten, dass die Errichtung einer diplomatischen Vertretung in Alger sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht zu empfehlen ist, wenn auch dem einzelnen dort akkreditierten Diplomaten vielleicht nicht jene Zuvorkommenheit entgegengebracht zu werden pflegt, die er in Ländern mit längerer diplomatischer Erfahrung anzutreffen gewohnt ist.

Herr Micheli: Zur Frage der Honorarkonsuln wäre folgendes zu sagen: Es stimmt, dass die Schweiz weniger Honorarkonsuln ernannt hat als Oesterreich. Ihre jeweilige Anzahl untersteht aber nicht einer Bestimmung oder Tendenz, sondern hängt von den Gegebenheiten ab. Nachdem wir mit Honorarkonsuln unterschiedliche Erfahrungen gemacht haben, sind wir in deren Ernennung eher etwas restriktiv geworden. Das heisst, dass wir zwar - wo möglich - Honorarkonsuln ernennen, dies jedoch nur, wo es sich um erstklassige Persönlichkeiten handelt.

### Hochrheinschiffahrt

Herr Toncic: Der Vorarlberg, der sich verständlicherweise an der wirtschaftlichen Entwicklung seiner Nachbarn interessiert zeigt, bedauert sehr, dass die Rheinschiffahrt in Basel ihr Ende findet. Bis in 13 Jahren werden der Rhein-Main-Donau-Kanal sowie der Donau-Oder-Kanal vollendet sein. Der Vorarlberg aber bleibt von dieser bedeutsamen Entwicklung ausgeschlossen. Es ist uns klar, dass das Problem aus schweizerischer und deutscher Sicht anders erscheint. Die Bundesrepublik interessiert sich, wenn auch nicht brennend. Laut Kiesinger würde Deutschland an Gesprächen teilnehmen, falls sie von Oesterreich und der Schweiz in die Wege geleitet würden. Die eigentlichen Schwierigkeiten liegen somit auf Seiten der Schweiz. Aus verständlichen Gründen ist die Stadt Basel an der Entwicklung des Hochrheins nicht interessiert. Dazu kommen die Einwände der Wasserrechtler, -schützer, -reiniger und anderer mehr. Doch sollte u.E. eine wirtschaftliche Entwicklung, die möglich ist, nicht unberücksichtigt bleiben. Es handelt sich hier nicht um ein Routineproblem, sondern um ein echtes und grundlegendes Interesse, dessen Förderung in voller Harmonie zwischen der Schweiz und Oesterreich angestrebt werden sollte.

Herr Spühler: Dieser in der Schweiz innenpolitisch sehr belastete Problemkreis ist mir wohl bekannt, und ich verstehe die Gründe, die die Behörden des Vorarlbergs dazu veranlassen, in dieser Angelegenheit Schritte zu unternehmen. Indessen ist die Frage, aus schweizerischer Sicht beurteilt, noch nicht spruchreif. Bestenfalls wäre ein Ausbau des Rheins bis zur Aaremündung denkbar. Doch schon hierbei zeigen sich grosse Finanzierungsschwierigkeiten. Zudem ist auch die Bundesrepublik bzw. das Land Baden-Württemberg nicht in der Lage, die ausserordentlich hohen Ausbaumittel zur Verfügung zu stellen.

- 8 -

Herr Seifert: Wenn ich hier das Wort ergreife, so ist es das erste Mal, dass sich ein Vertreter der Vorarlberger Landesregierung auf internationaler Ebene zu einem Problem äussern darf. - Vor 50 Jahren wurde österreichischerseits der erste Vorstoss in dieser Angelegenheit unternommen. Heute möchten wir unsere Bitte wiederholen: Die Schweiz möge sich bereiterklären, nicht nur dem Ausbau des Rheins bis zur Aaremündung zuzustimmen, sondern auch mit den Nachbarstaaten Verhandlungen aufzunehmen, um zu prüfen, ob die Grundlagen zu einem Ausbau bis zum Bodensee gegeben wären. Statt es, wie bisher, beim gegenseitigen Abtasten zu belassen, würde durch solch eine Verhandlungsaufnahme der gute Wille dokumentiert, was die gutnachbarlichen Beziehungen "verbessern" würde.

Herr Toncic: Es ginge somit darum, in einem gegenseitigen Gespräch das Problem grundsätzlich zu prüfen und einen Katalog der Schwierigkeiten aufzustellen.

Herr Spühler: Diese Prüfung ist schweizerischerseits im Gange. Das Problem wird noch in diesem Jahr im Parlament zur Sprache gebracht.

Herr Toncic: Kann uns das Ergebnis dieser Prüfung zugänglich gemacht werden? Dies würde uns erlauben, es mit unserer eigenen Beurteilung und ev. mit einer bundesdeutschen Interpretation zu vergleichen.

Herr Seifert: Es geht ja eben nicht darum, lediglich innerstaatliche Prüfungen, die stets nur einseitig sind, vorzunehmen. Vielmehr tut eine weiträumige, internationale Untersuchung des Problems not.

Herr Spühler: Wir sind gerne bereit, Ihnen, sobald erhältlich, ein Exemplar unseres Prüfungsberichtes zu überlassen. Solange diese innerstaatliche Untersuchung aber nicht abgeschlossen ist, scheint es mir wenig aussichtsreich zu sein, sich auf zwischenstaatliche Besprechungen einzulassen.

Zusammenarbeit auf dem Gebiet der  
Sitznahme internationaler Organisationen

Herr Spühler: Wir haben mit grossem Interesse die Anstrengungen Oesterreichs verfolgt, in Wien ein internationales Zentrum aufzubauen. Die Schweiz, die in Genf bereits seit vielen Jahren ein derartiges Zentrum besitzt, hat darin stets ein wertvolles Element erblickt, um ihrer Neutralität positiven Inhalt zu verleihen und ihrem Solidaritätswunsche Ausdruck zu geben. Wir verstehen daher sehr wohl, dass auch Ihr Land - aus den gleichen Erwägungen - die Niederlassung internationaler Organisationen und die Abhaltung von internationalen Konferenzen auf seinem Territorium begrüsst und bereit ist, dafür die nötigen Opfer zu bringen. Ich kann Sie versichern, dass die Schweiz in dieser Hinsicht keinerlei Monopol anstrebt und dass wir sogar bereit sind, die Sitznahme von internationalen Organisationen in Wien zu begünstigen, wenn dies im Interesse einer harmonischen Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit liegt. Es scheint mir, dass auf diesem Gebiete eine engere Fühlungnahme zwischen den beiden Ländern zum beidseitigen Vorteil gereichen könnte.

Ich bitte Herrn Minister Thalmann, diesen Gedanken noch etwas detaillierter darzulegen.

Herr Thalmann: Vielleicht ist es zweckmässig, wenn ich zunächst versuche, Ihnen kurz unsere allgemeine Politik mit Bezug auf die Niederlassung internationaler Organisationen in der Schweiz und namentlich in Genf darzulegen.

Zunächst ist daran zu erinnern, dass Genf den europäischen Sitz der UNO beherbergt, und die Schweiz, gestützt auf das Sitzabkommen mit der Weltorganisation, verpflichtet ist, deren Organe dort aufzunehmen. Auf Grund dieser Ausgangslage ist Genf ipso facto Kandidat für den Sitz von UN-Organen, und wir haben bisher davon abgesehen, im Einzelfalle jeweils eine eigentliche Kandidatur Genfs aufzustellen und besondere Werbeaktionen durchzuführen.

- 10 -

Soweit wir selbst in Gremien der UN aufgerufen waren, zur Frage der Sitznahme einer Organisation Stellung zu nehmen, liess er wir uns jeweils von sachlichen Gesichtspunkten leiten. Wir sprachen uns gegen eine planlose Zersplitterung der internationalen Tätigkeit aus und befürworteten die Konzentration zweckverwandter Organisationen. So schien uns z.B. logisch zu sein, die UNCTAD am gleichen Orte unterzubringen wie das GATT und die europäische Wirtschaftskommission. Die gleiche Stellung nahmen wir im Falle der ONUDI ein, die nun, dank der grosszügigen österreichischen Offerte, ihren Sitz in Wien genommen hat.

Die Konzentration zweckverwandter Organisationen ist nach unserer Auffassung vor allem deshalb geboten, weil sie es den Mitgliedern erspart, an verschiedenen Orten permanente Delegationen zu unterhalten und den Einsatz ihrer Spezialisten zu verzetteln, was vor allem für die Entwicklungsländer zu schwer tragbaren Belastungen führt.

Wir glauben auch nicht - und wir möchten dies hier ganz offen zum Ausdruck bringen - , dass die Schaffung eines zweiten europäischen Zentrums für die Vereinten Nationen zweckmässig und wünschenswert ist. Es ist u.E. nicht einzusehen, weshalb die Weltorganisation einen Hauptsitz in den USA und mehrere Zweigniederlassungen in Europa, in einem einzigen Kontinent also, haben sollte. Viel sinnvoller schiene uns dann schon, dass Zweigniederlassungen in den Kontinenten der Entwicklungsländer entstehen, was ja früher oder später auch der Fall sein dürfte.

Aus dieser Betrachtungsweise heraus haben wir die verschiedenen Erklärungen des Herrn Staatssekretär Dr. Bobleter - letzte Woche noch in New York - , in denen die Errichtung eines neuen UN-Zentrums in Wien propagiert wird, mit einer gewissen Zurückhaltung zur Kenntnis genommen. Wie Herr Bundesrat Spühler erwähnte, erhebt die Schweiz keinerlei Monopolansprüche. Wir respektieren in dieser Hinsicht durchaus die freie Konkurrenz, doch glauben wir, dass es im Interesse beider Länder läge, sich über

gewisse Prinzipien zu einigen, statt uns gegenseitig das Wasser abzugraben, was ja leicht lachenden Dritten zustatten kommen könnte.

1. Als obersten Grundsatz möchten wir anführen, dass es den gut-nachbarlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern nur abträglich sein könnte, sich gegenseitig bereits niedergelassene Organisationen auszuspannen. Man darf nicht vergessen, dass der Sitzstaat ja immer gezwungen ist, für die betreffende Organisation erhebliche Aufwendungen zu erbringen, die bei einer Abwanderung verloren gehen. Die grossen Mittel, die Oesterreich nun in sein internationales Zentrum zu investieren gedenkt, sind von der Schweiz und namentlich von Genf in der Vergangenheit bereits investiert worden. Dazu kommt, dass sich eine internationale Organisation mit der Zeit in das Stadtbild und die menschliche Gemeinschaft des Sitzortes einfügt, sodass die Trennung eine Lücke hinterlässt, die zwangsläufig als verletzend empfunden wird. Dies gilt natürlich ganz besonders bei alteingesessenen Organisationen wie der Weltpostunion, die ihren Sitz seit 95 Jahren in Bern hat.

2. Wir würden es ferner begrüssen, wenn es bei der Aufstellung einer Kandidatur unterlassen würde, gewisse Schwierigkeiten, die sich an einem Orte aus der Präsenz zahlreicher internationaler Organisationen ergeben können, auszunützen. Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, dass die Anwesenheit zahlreicher internationaler Funktionäre und ausländischer Delegationen in Genf zu Missstimmung in einem Teil der Bevölkerung Anlass gegeben hat. Wie es sich für ein demokratisches Staatswesen gehört, haben sich diese Malaise-Erscheinungen offen Luft gemacht. In ebenso demokratischer Weise haben jedoch Behörden und Volk Gelegenheit gehabt, ihre mehrheitlich positive Einstellung zu den "Internationalen" zum Ausdruck zu bringen.

- 12 -

3. Schliesslich möchten wir anregen, dass wir uns jeweilen, wenn eine neue Sitzfrage auftaucht, also von Fall zu Fall, ins Benehmen setzen, um unsere gegenseitigen Interessen abzustecken und gegebenenfalls das weitere Vorgehen zu besprechen. Dies könnte wohl am zweckmässigsten im Rahmen des periodischen Gedankenaustausches zwischen den beiden Ministerien erfolgen.

Wir wären Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie sich zu diesen Vorschlägen äussern wollten.

Herr Toncic: Zunächst möchte ich generell festhalten, dass ich mit Ihnen völlig einig gehe, dass in dieser Angelegenheit periodische gegenseitige Konsultationen gepflegt werden sollen. Im einzelnen möchte ich drei wesentliche Faktoren nennen, die der Stadt Wien in Zukunft grosse Chancen geben, ein internationales Zentrum zu werden: 1. Die Präsenz Oesterreichs in der UNO gibt diesem Land gegenüber der Schweiz einen Vorsprung; denn viele Staaten, die in der Organisation vertreten sind, fühlen sich einem Mitglied weit stärker verbunden und verpflichtet als einem Nicht-Mitglied, dessen Präsenz im entscheidenden Augenblick ausbleibt. 2. Das Ost-West-Verhältnis, welches sich in der UNO abzeichnet, führt viele Mitgliedstaaten dazu, nicht nur einem neutralen, sondern zudem einem solchen Land den Vorzug zu geben, das unmittelbar in den Ost-West-Konflikt - gewissermassen als dessen Vermittlung - einbezogen ist. 3. Dazu kommt die Tendenz vieler Staaten, "berühmte Städte" zum Sitz internationaler Organisationen zu wählen. Im Falle der ONUDI hatten wir keinen Konkurrenten, bis die Stadt Paris vorgeschlagen wurde. Wien hat eben eine "attraktive Wirkung". - Was die Entwicklungsländer betrifft, so glaube ich nicht, dass diese internationale Institutionen aufnehmen wollen und können. Zudem würde es ein Staat dem andern neiden. - Zur österreichisch-schweizerischen Koordination in dieser Angelegenheit wäre folgendes zu ergänzen: Es wurde seinerzeit auch Oesterreich nahegelegt, Wien für den Sitz der UNCTAD kandidieren zu lassen. Wir haben dies aber abgelehnt und

- 13 -

in der Abstimmung für Genf gestimmt. Nebenbei bemerkt, würde es uns freuen, wenn nächstes Jahr ein Schweizer Präsident dieser Organisation würde.-Im Falle der ONUDI haben die meisten europäischen Staaten gegen Wien gestimmt. - Die OPEC ist aus freien Stücken nach Wien übergesiedelt. - Der Vorschlag, die UPU von Bern nach Wien zu transferieren, wurde von der österreichischen Regierung abgelehnt. Uebrigens habe ich mich selbst dafür eingesetzt, dass ein Schweizer zum Generaldirektor dieser Organisation gewählt wird.

Herr Haymerle: Wir haben nicht die Ambition, in Wien einen zweiten europäischen Sitz der UNO zu schaffen. Dies zeigt sich schon an der folgenden wesentlichen Differenz: In Genf sind die Gebäude der UNO Eigentum dieser Organisation. Wir aber haben die Absicht, ein allgemeines Zentrum für zwischenstaatliche Organisationen zu schaffen. Es geht hier um ein viel genereller gefasstes Kongresszentrum. Es soll auf eigene Kosten erbaut werden. Mithin besteht keine Konkurrenz gegenüber Genf.

Herr Toncic: Auf Grund der Mitgliedschaft Oesterreichs bei der UNO besteht, wie schon gesagt, mehr und mehr ein Trend, internationale Konferenzen in Wien abzuhalten. Diesem Umstand muss durch den Bau geeigneter Räumlichkeiten Rechnung getragen werden; doch lege ich grössten Wert auf die Feststellung, dass Wien nicht zu einem zweiten europäischen UNO-Zentrum ausgebaut werden soll.

Herr Spühler dankt für diese Klärung und weist nochmals darauf hin, dass die Schweiz keine Monopolstellung für Genf beansprucht, sondern sich lediglich bei der Sitznahme internationaler Organisationen für die Beachtung rationeller Kriterien einsetzt. In diesem Sinne hat sie seinerzeit die Kandidatur Wiens für den Sitz der Atomenergieagentur unterstützt.

- 14 -

### Rhodesien

Herr Toncic möchte bei dieser Gelegenheit vorschlagen, dass sich die beiden Länder in Zukunft in allen Neutralitätsproblemen, die die UNO betreffen, gegenseitig konsultieren.

Herr Spühler begrüsst diesen Vorschlag.

Herr Toncic: Als wichtigstes Problem wäre hier die Rhodesienaffäre zu nennen. Gestatten Sie, dass ich dazu die österreichische Haltung kurz erläutere:

Als der Sicherheitsrat die Aufnahme Oesterreichs in die UNO empfahl, war dessen Status der immerwährenden Neutralität allgemein bekannt. Der Grossteil der Staaten hat in der Folge die Neutralität des Mitgliedstaates Oesterreich expressis verbis oder durch konkludente Handlung anerkannt. Mithin können diese von einem anerkannterweise neutralen Mitgliedstaat nicht verlangen, was in Widerspruch zu dessen aussenpolitischen Maximen stünde. Der Sicherheitsrat kann denn auch davon Abstand nehmen, den neutralen Staat zur Teilnahme an militärischen Sanktionen aufzufordern. Sinn und Zweck der Vereinten Nationen besteht ja nicht darin, den Satzungen einheitlich Nachachtung zu verschaffen, sondern den Weltfrieden zu erhalten. Besteht der optimale Beitrag eines Landes an die Erhaltung des Weltfriedens darin, dass es neutral ist, so würde es dem Sinn der UNO widersprechen, es zu einer neutralitätswidrigen Handlung zu zwingen. - Aus der Tatsache, dass unsere Rhodesien Deklaration den Begriff des Courant normal nicht enthält, hat die UNO geschlossen, dass Oesterreich den gesamten Import aus der ehemaligen Kolonie durch Dekret unterbunden hat. Indessen wäre es aus staatsrechtlichen Gründen kaum möglich gewesen, eine Importlizenzierung einzuführen; dies hätte ein Verfassungsgesetz benötigt. Deshalb hat sich die österreichische Regierung darauf beschränkt, in einem Appell die Importeure dazu anzuhalten, die Einfuhr aus Rhodesien inskünftig einzustel-

- 15 -

len (!). Bei der statistischen Berichterstattung haben sich bisher keine Schwierigkeiten ergeben. Im übrigen glaubt ja kein Mensch an die Effektivität der verordneten Sanktionen. Folglich geht es nur darum, durch ein Entgegenkommen Grossbritannien den Rücken zu stärken, damit die farbigen Staaten nicht aus dem Commonwealth austreten.

Herr Spühler dankt für diese Erläuterung. Da angenommen werden darf, dass die schweizerische Haltung im Rhodesienkonflikt bekannt ist, braucht - mit dem Einverständnis der österreichischen Delegation - nicht weiter auf sie eingegangen zu werden.

#### Oesterreichisch-schweizerisches Sozialversicherungsabkommen

Herr Tonicic: Wie Ihnen bekannt ist, sind wir nun in der Lage, die Revisionsverhandlungen des bilateralen Sozialversicherungsabkommens demnächst aufzunehmen. Eine Besprechung dieses Traktandums erübrigt sich somit.

Herr Spühler erklärt sich hiervon befriedigt und dankt dem Vorsitzenden für das Zustandekommen der Verhandlungen.

#### Verhältnis Liechtensteins zum Europarat

Herr Tonicic: Wir würden es begrüßen, wenn dem liechtensteinischen Wunsch, im Europarat vertreten zu sein, entsprochen werden könnte.

Herr Thalmann: Die schon im Völkerbund gehandhabte Praxis, Staaten von dieser Grösse nicht als stimmberechtigte Mitglieder aufzunehmen, ist an sich heute noch gültig. Indessen scheint diese Regel im Rahmen eines Konsultativorgans eher durchbrochen werden zu können.

Herr Spühler ist gerne bereit, diese Angelegenheit zu prüfen.

Atomsperrvertrag

Herr Haymerle: Oesterreich ist gemäss Staatsvertrag dazu verpflichtet, keine nuklearen Waffen zu führen. Folglich hat es ein gewisses Interesse daran, dass auch die andern Staaten in derselben Weise "diskriminiert" werden. Wenn Oesterreich bisher auch keine Bedingungen zur Unterzeichnung des Vertrags gestellt hat, so besteht doch insofern ein Vorbehalt, als durch dessen Abschluss die zivile Atomforschung nicht beeinträchtigt werden darf. Jedes Land, das von der nuklearen Forschung ausgeschaltet bleibt, gerät in einen Zustand "wissenschaftlicher Unterentwicklung". - Wir würden den Abschluss dieses Vertrages, von einem rein innenpolitischen Standpunkt aus beurteilt, auch deshalb begrüßen, weil durch ihn die Bedeutung der Atomenergieagentur [und damit die Bedeutung Wiens als eines internationalen Zentrums] aufgewertet würde.

Herr Spühler: Wir betrachten das Nonproliferationsabkommen grundsätzlich als einen Schritt zur Abrüstung. Wir begrüßen folglich sein Zustandekommen. Wenn wir auch die Bedenken der nicht-nuklearen Staaten verstehen und weitgehend teilen, so sind wir doch der Ansicht, dass das amerikanisch-sowjetische Atommonopol, dessen Faktizität damit staatsvertraglich verankert werden soll, keinen Hinderungsgrund darstellt, dem Vertrag beizutreten. Die Hegemonie der Atomkräfte ist schon existent und gibt vorderhand vielleicht die einzige Garantie dafür, dass ein Atomkrieg nicht ausbricht. - Es ist klar, dass der Vertrag den nicht-nuklearen Staaten Möglichkeiten für die zivile nukleare Forschung offenhalten muss. Dieses Problem wird sich aber - durch die Vermittlung der Atomenergieagentur - zweifellos regeln lassen.

Herr Toncic: Ich möchte hier eine grundsätzliche neutralitätsrechtliche Frage aufwerfen: Gemäss dem Grundsatz der immerwährenden Neutralität sind wir "mit allen Mitteln" zu

deren Verteidigung verpflichtet, d.h. mit jenen Mitteln, die zur Erfüllung dieses Zwecks geeignet sind. Folglich dürfte ein neutrales Land keine internationalen Bindungen eingehen, durch welche das Einhalten dieser Verpflichtung verunmöglicht würde.

Herr Spühler: Das Gebot der militärischen Landesverteidigung darf m.E. nicht unzumutbar werden. Dies um so mehr als die Glaubwürdigkeit der Neutralität nicht nur durch die Armee gewährleistet wird. Jedenfalls ist es Sache jedes einzelnen Landes, die Grenzen seiner militärischen Aufwendungen selbst festzulegen. Sind wir etwa verpflichtet, Luftabwehrraketen anzuschaffen, die feindliche Raketen in sehr grosser Höhe schon abzuschliessen vermögen? - Eine Atombewaffnung trägt nicht unbedingt zur Unverwundbarkeit eines Landes bei (im Gegenteil!) und macht dessen Abwehrfähigkeit nicht eo ipso glaubwürdiger. Die französische Force de frappe z.B. ist zur Zeit nicht in der Lage, gegebenenfalls einen Krieg vom eigenen Territorium fernzuhalten.

Herr Toncic: Es ist richtig, dass uns kein anderer Staat zur nuklearen Bewaffnung verpflichten kann. Doch stellt sich die Frage, ob wir neutralitätsrechtlich nicht verpflichtet sind, uns die Möglichkeit und das Recht zur Atombewaffnung offenzuhalten.

Herr Spühler: Dies hängt davon ab, ob solche Rechtswahrung effektiv möglich ist. Mir persönlich scheint, dass es unter den heutigen waffentechnischen Voraussetzungen zu rechtfertigen wäre, auf die legalen Voraussetzungen einer Atombewaffnung zu verzichten. Dazu kommt, dass der Atomsperrvertrag kündbar ist, wenn es auch einem Kleinstaat kaum möglich sein dürfte, nach der Kündigung des Abkommens nuklear aufzurüsten.

Herr Toncic dankt für diese Ausführungen und wünscht, dass sich die Schweiz und Oesterreich in Zukunft in dieser

- 18 -

Angelegenheit gegenseitig konsultieren.

Herr Spühler ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

#### UNO

Herr Toncic: Das Ansehen Oesterreichs wurde durch dessen Mitgliedschaft bei der UNO stark gehoben. Wie schon eingangs erwähnt, können unsere Erfahrungen in der Organisation durchwegs positiv gewertet werden.

Herr Spühler: Ich nehme nicht an, dass Oesterreich unter Bezugnahme auf seinen Neutralitätsstatus öfters auf das Mittel der Stimmenthaltung zurückgreifen kann: Qui tacet consentire videtur. - Wird die österreichische Stimmabgabe von der Dritten Welt stark beachtet?

Herr Toncic: Diese Frage ist zu bejahen. Stimmen wir gegen einen von Entwicklungsländern unterstützten Antrag, so geben diese ihrer Enttäuschung Ausdruck; doch beruhigen sie sich meist nach kurzer Zeit wieder. - Unsere Aktionen im Kongo und in Zypern haben unserm Land viele Sympathien eingebracht. Es ist möglich, dass wir uns in Zukunft vermehrt für derartige Aufgaben (Entsendung von Polizei- und Sanitätstruppen) zur Verfügung stellen werden.

Herr Spühler: dankt für diese Ausführungen. Das Politische Departement wird sich gestatten, sich von Fall zu Fall nach den Erfahrungen Oesterreichs in der UNO zu erkundigen.

Moskauergespräche

Herr Toncic: Ich möchte zuerst den allgemeinen Eindruck, den ich von der Sowjetunion erhalten habe, wiedergeben: Die UdSSR ist ein Staat, der sich in einer ungeheuern Industrialisationsphase befindet. Der einzelne Bürger ist stolz auf die Errungenschaften des Staates und lebt zufrieden. Im Konsumbereich ist das Problem der Ernährung, nicht aber jenes der Bekleidung gelöst. Die Kommunikationsmittel sind hervorragend. Es sind gewisse Liberalisierungstendenzen zu beobachten: Ueber die Vergangenheit etwa wird offen gesprochen. Ist der politische Dialog auch eher möglich als früher, so werden doch weiterhin keine Häresien geduldet. - Die Jugend scheint die Irreversibilität der geschichtlichen Entwicklung, welche das Land seit Ende des 2. Weltkriegs gekennzeichnet hat, erkannt zu haben.

Die Haltung gegenüber Oesterreich ist, teils aus taktischen Gründen, äusserst freundlich. Immerhin darf die Emotion der Russen nicht als leerer Wahn, sondern als Zeichen echter Sympathie gedeutet werden. - Umgekehrt sind die Schrecken des Krieges noch völlig präsent, und dies um so stärker, als sie im Kontrast zur bedeutsamen Leistung des Wiederaufbaus stehen.

Schwerwiegender denn je scheint für die Russen das Deutschlandproblem zu sein: Wenn sie ihrer Angst vor dem Wiedererwachen des Nationalsozialismus Ausdruck geben, so handelt es sich dabei um eine aus tiefster Ueberzeugung und aus echtem Gefühlsinhalt gemachte Aeusserung. Sie sind fest entschlossen, eine Wiedervereinigung Deutschlands um jeden Preis zu verhindern, selbst wenn die BRD die Oder-Neisse-Grenze anerkennen sollte. Die Russen würden niemals eine Entwicklung in Mitteleuropa zulassen, die das bestehende Gleichgewicht störte. Hierin liegt letztlich der Grund für ihre Opposition gegen einen österreichischen Beitritt zur EWG.

- 20 -

Wenn die sowjetische Regierung für die ökonomischen Schwierigkeiten Oesterreichs Verständnis aufbringt, so will sie dennoch jedenfalls verhindern, dass in Europa ein Uebergewicht der deutschen Wirtschaft entsteht. Sie bringt dem Unabhängigkeitswillen des gegenwärtigen Regierungsteams Vertrauen entgegen, befürchtet aber, dass eine spätere Regierung unvermerkt in die Situation eines faktischen Anschlusses geraten könnte. Auch diese Befürchtung entspricht russischerseits einem echten politischen Anliegen. Die sowjetische Regierung liesse zwar eine Abschaffung der Zölle zwischen EWG und Oesterreich zu, wie sie auch zulässt, dass die Zölle zwischen Finnland und Grossbritannien aufgehoben werden; alles aber, was über den Zollabbau hinausgeht, wird von ihr abgelehnt. Die Tatsache, dass die EWG einen gemeinsamen Aussenzoll verlangt, sei ein Beweis für ihren imperialen Charakter (und damit für den imperialen Charakter der BRD). Wenn die EWG-Länder nicht Europa dominieren wollten, so würden sie sich mit einer Freihandelszone zufriedengeben. - Es scheint, dass der Besuch in Moskau eine gewisse Animosität zu beseitigen vermochte. Die Sowjets anerkennen unsern guten Willen, fürchten sich aber vor den Folgen unserer Politik. Es besteht gegenwärtig kein Problem Wien-Moskau, sondern nur ein Problem Wien-Brüssel.

Den stärksten persönlichen Eindruck hat mir Breschnew hinterlassen, alsdann Kossygin (der Managertyp), Podgorny und schliesslich der "kommende Mann": Poljansky (2. stellvertretender Ministerpräsident).

Herr Spühler dankt für diese ausserordentlich aufschlussreichen Ausführungen.

Die Sitzung wird um 18.30 Uhr auf den 18. April vertagt.

Verteiler:

Herrn Bundesrat W. Spühler  
 Herrn Botschafter P. Micheli  
 Herrn Botschafter P. Jolles  
 Herrn Botschafter A. Weitnauer  
 Herrn Minister E. Thalmann  
 Herrn Minister F. Bieri  
 Herrn Minister S. Marcuard  
 Herrn Minister R. Bindschedler  
 Herrn Minister R. Probst  
 Herrn Minister P. Languetin  
 Herrn Minister A. Grübel  
 Herrn Dr. A. Janner  
 Herrn Dr. E. Diez  
 Herrn Dr. M. Gelzer  
 Herrn Dr. R. Hartmann  
 Herrn Fürsprecher W. Jaeggi  
 Herrn Fürsprecher M. Jaccard  
 Herrn Dr. H. Zoelly  
 Herrn Dr. G. Gut  
 Herrn Dr. R. Pestalozzi  
 Herrn Dr. H. Langenbacher  
 Herrn Dr. J. Iselin  
 Herrn A. Natural  
 Herrn P. Nussbaumer  
 Herrn Dr. J. Graf  
 Herrn F. Pictet  
Herrn Dr. P. Dietschi ?

## Schweizerische Botschaften in:

Bonn, Brüssel, Den Haag, Helsinki, Kopenhagen, Lissabon, London, Moskau, Oslo, Paris, Rom, Stockholm, Washington, Wien.

Büro des Schweizerischen Beobachters bei der Organisation der Vereinten Nationen, New York

Schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften, Brüssel

Schweizerische Delegation bei der EFTA, Genf

Ständige Vertretung der Schweiz bei den I.C., Genf